



Dienstag, 05. Oktober 2021, 16:00 Uhr
~8 Minuten Lesezeit

Maskenlos und ungeimpft

Ein Reisebericht aus einer anderen Welt zeigt, wo Menschen noch unbeeinträchtigt leben und zusammen ausgehen können.

von Hannes Hofbauer
Foto: DimaBerlin/Shutterstock.com

Für Ungeimpfte gleichen Spaziergänge in Mitteleuropa heutzutage einem Spießrutenlaufen. „Sind Sie geimpft – falls nein, warum nicht? Dann haben Sie doch sicher wenigstens einen Test!? Dann können wir Sie leider hier nicht einlassen. Nein, eine Ausnahme können wir nicht machen. Denken Sie bitte daran, dass auch auf dem Parkplatz die Maskenpflicht gilt ...“ Gibt es ein Entkommen aus diesem Land des gestohlenen Lächelns? Gibt es einen Ort, wo gesunde und mental stabile Menschen unbehelligt leben oder gar

miteinander ausgehen können? Wenn, ja – wo? Mittelamerika? Nordkap? Südpol? Nein, das Corona-Paradies ist gar nicht so weit weg – schon gar nicht von Wien aus, der Heimat des Verlegers und Rubikon-Autors Hannes Hofbauer. Er berichtet hier von einer überaus erfreulichen Reise, die Corona-Geschädigten vorkommt wie ein Ausflug mit der Zeitmaschine in eine längst vergangene Epoche, als Menschen noch unabhängig von ihrem Impfstatus respektvoll behandelt wurden.

Wie befinden uns mitten in Europa. Erste kühle Nächte kündigen den Herbst an, den Herbst des Jahres 2021, den zweiten Pandemie-Herbst. Zwei Autostunden von Wien entfernt quellt seit Tausenden von Jahren heißes Wasser aus einem eingebrochenen Vulkan in den größten Thermalsee des Kontinents. An der Oberfläche misst der mineralhaltige, fünf Hektar große See behagliche 35 Grad Celsius. Mehr als 500 Männer und Frauen – für Kinder wird das Baden hier ausdrücklich nicht empfohlen – suhlen sich an diesem Donnerstag im September in dem bis zu 40 Meter tiefen Mineralsee.

Die Menschenschlange an der Tageskassa wird an zwei Einlässen zügig abgearbeitet. Außer einem DIN-A4-großen Zettel, auf dem zwei stilisierte Erwachsene durch einen auf sie gerichteten Doppelpfeil verbunden beziehungsweise getrennt werden, über dem das Kürzel „1,5 m“ zu lesen steht, erinnert hier nichts an die Schrecken der Seuche, die anderswo den Tagesablauf eines jeden Einzelnen und einer jeden Einzelnen bestimmt. Keiner der Hunderten Kurgäste und Badenden, in der Nachsaison meist ältere Semester, die deutschsprachige Medien vor eineinhalb Jahren in „Risikogruppe“ umgetauft haben, trägt eine Maske.

Jede Nachfrage nach dem Gesundheits- oder Impfstatus verbietet sich, was angesichts der vielen offensichtlich rheumatischen oder sonst mit dem Bewegungsapparat schlecht zurechtkommenden Alten auch eine völlig andere Auskunft erwarten ließe. Auch mit Covid-19-Tests, ihren Gültigkeitsdauern oder ihrer Verlässlichkeit kann hier niemand etwas anfangen.

Noch bemerkenswerter für einen vom Kontroll- und Trackingwahn geplagten Österreicher ist die Tatsache, dass niemand an der Kasse deinen Namen wissen will, auch eine Handy- oder Telefonnummer wird nicht abgefragt. Zu bezahlt einfach mit Forint.

Anfang Juli 2021 hatte die ungarische Regierung so gut wie alle restriktiven Coronamaßnahmen aufgehoben, zu diesem Zeitpunkt hatten 5,5 Millionen UngarInnen (von 9,8 Millionen) zumindest eine erste Impfdosis erhalten. Auch die Einreise über den Landweg ist seither ohne Einschränkungen, Befragungen oder Test-Vorweise möglich.

Wir verbringen ein paar entspannte Tage in Hévíz, dem Herzstück der ungarischen Thermalkultur südlich des Balaton. Jahrein, jahraus, zu allen Jahreszeiten kommen hierher an den warmen Mineralsee Menschen aus vielen Ecken Europas. Neben dem einheimischen Publikum ist Hévíz vor allem bei Wienern, Tschechen, Slowaken und Russen beliebt. Auch Deutsche – meist aus den neuen Bundesländern, die hierher noch als DDR-Bürger urlaubten – beleben diesen touristischen Hotspot.

Auf dem Weg in die südungarische Metropole Pécs springt einem die dörfliche Armut entgegen: Schmale Streckhöfe säumen endlos lange Ortsdurchfahrten, abseits davon drängen sich Ansammlungen noch ärmlicherer Häuser zusammen, in denen Menschen leben, die hier meist Zigeuner genannt werden. Ein Ring von 1.000 armen Dörfern, so hieß es nach der 1989er-Wende, ziehe sich vom Süden

bin in den Nordosten Ungarns. Daran hat sich auch in Zeiten des national-konservativen Viktor Orbán nichts geändert. Die Armen sind unter der Fidesz-Regierung nicht bloß vergessen, schlimmer: Sie sind bewusst unsichtbar gemacht worden.

Die Hauptstadt des Komitats Baranya, Pécs, strahlt demgegenüber eine Lebendigkeit aus, die aus vielen europäischen Städten beziehungsweise deren Innenstädten bekannt ist oder besser bekannt war, denn in den meisten deutschsprachigen Ländern herrscht seit 18 Monaten Ausweispflicht beim Zutritt in so gut wie alle kulturellen Vergnügungen oder gastronomischen Erbaulichkeiten. Eine solche existiert hier nicht, niemand wird nach seinem Status in Bezug auf Covid-19 gefragt. Auf der Pride Parade am 18. September tummeln sich Hunderte Schwule, Lesben und Transgenderleute und nicht mal die aufrechtsten unter ihnen tragen Masken im Gesicht. Auch am kulturell gegenüberliegenden Ereignis, der katholischen Messe in der ehemaligen Osmanen-Moschee, sucht man unter den Gläubigen den Mund-Nase-Schutz vergeblich. Einzig die Asiatin im heruntergekommenen Textilgeschäft des proletarischen Vorortes Úránváros trägt den wohlbekannten blauen Stofflappen zwischen den Ohren.

Auf der Fahrt in das Arbeiterviertel, in dem bis zur Einstellung des Uranbergbaus im Jahre 1996 die stolzesten Genossen in ihren Plattenbauten gewohnt hatten und heute die ärmere Hälfte der Pécs-Bevölkerung lebt, herrscht reges Treiben im Bus. Die Schülerinnen und Schüler der technischen Lehranstalt stürmen die wenigen Sitzplätze, ein altes Pärchen unterhält sich lautstark über offensichtlich Persönliches. Auch hier, wie im gesamten öffentlichen Verkehr, gehören Maskenpflicht und Abstandsregeln der Vergangenheit an – zumindest in der zweiten Septemberhälfte des Jahres 2021.

Gegenüber dem Leó-Szilárd-Park, im Zentrum von Úránváros, gruppieren sich zwei Dutzend Neugierige um einen kleinen

Klapptisch, dahinter zwei eifrig schreibende Aktivistinnen, auf dem Tisch eine Wahlliste und Einverständniserklärungen. Wir sind Zeugen des ersten Vorwahlganges in der ungarischen Geschichte. Abgestimmt wird über einen Gegenkandidaten zu Viktor Orbán bei den nächsten ungarischen Parlamentswahlen, die allerdings erst im Juni 2022 stattfinden sollen. Wer soll Orbáns Herausforderer um den Posten des Ministerpräsidenten werden, lautet die Frage.

Eine Sechser-Gruppe aus oppositionellen Parteien, deren einziges Ziel es ist, Orbán und seine Fidesz von der Macht zu verdrängen, hat zu einer der seltsamsten, ja politisch ungünstigsten Allianz der europäischen Nachkriegsgeschichte zusammengefunden. Von den ex-kommunistischen Sozialdemokraten, der MSZP, über deren abtrünnigen ehemaligen Ministerpräsidenten und Milliardär Ferenc Gyurcsány, die Grünen und zwei kleine liberale Grüppchen bis zur rechtsextremen und ausländerfeindlichen Jobbik („Bewegung für ein besseres Ungarn“) reicht die gemeinsame Anstrengung um den Sessel des Ministerpräsidenten im kommenden Wahljahr 2022.

Eine Studentin, die sich wie alle hier im Gewühl um die Stimmabgabe des Vorwahlentscheids maskenlos zeigt, findet die Aktion toll. „Orbán ist untragbar geworden“, korrupt, eitel und abgehoben. Eine ältere Dame stimmt zu und erzählt die Geschichte von Orbáns Vater, der auf einen Direktorenposten eines Unternehmens katapultiert worden ist, ohne dafür in irgendeiner Form geeignet zu sein. „Wir sind arm wie Kirchenmäuse“, meint sie in fast perfektem Deutsch „und die oben rauben uns aus. Sie sollen in die Hölle fahren“.

Bedenken, dass eine politisch dermaßen uneinige Koalition aus Liberalen mehrerer Couleurs, Sozialdemokraten mit altkommunistischen Resten, Grünen und Rechtsradikalen womöglich schon vor dem Wahlgang auseinanderbrechen könnte, jedenfalls aber kurz nach einem eventuellen Wahlsieg, kann die junge Studentin teilen, meint aber sinngemäß, dass das auch schon

egal wäre angesichts der aktuellen Lage im Land. Orbán muss weg, lautet ihre Botschaft.

Einträchtig und scheinbar harmonisch reihen sich die Parteizeichen der Anti-Orbán-Allianz auf Tisch und Flugblättern nebeneinander auf. Fünf mögliche Kandidaten für den gewünschten Nachfolger des aktuellen Ministerpräsidenten stehen zur Auswahl. Der erfolgversprechendste, so die Studentin, die uns bereitwillig Auskunft gibt, sei Péter Jakab, der Chef von Jobbik. Politisches Profil hat sich der 41-jährige Lehrer vor allem mit Ausfällen gegen Roma, vulgo Zigeuner, und Ausländer erworben. Dabei blieb es nicht nur bei Rhetorik, Jobbik-Leute sind immer wieder auch handgreiflich geworden. Mit Aufrufen von Demonstrationen gegen die „Zigeunerkriminalität“ machte sich Jobbik einen Namen; und als Abgeordneter der Stadt Miskolc sorgte Jakab 2013 persönlich dafür, Roma-Familien das Wasser abzdrehen, weil diese die Gebühr nicht bezahlen konnten. Anschließend daran forderte er, den Familien ihre Kinder wegzunehmen, sie in Erziehungsanstalten zu stecken und – folgerichtig – den Eltern das Kindergeld zu streichen.

Dass sich Jakab im Zuge der Sechs-Parteien-Allianz von Saulus zum Paulus gewandelt haben soll, nehmen ihm viele nicht ab. Auch er selbst zeigt immer wieder, wie tief er im rechtsradikalen Denken verwurzelt ist. So zuletzt Ende September 2021, als er im vorweggenommenen Siegesrausch zu den Parlamentswahlen im kommenden Sommer Ministerpräsident Viktor Orbán in Aussicht stellte, ihn im Falle eines Wahlsieges ins Gefängnis stecken zu wollen, damit der dort von Kriminellen vergewaltigt werde.

Warum es im Westen angesichts solcher Entgleisungen keinen Aufschrei gibt und Brüssel und Berlin zur unappetitlichen Allianz der Sechs schweigen? Das dürfte schlicht und einfach daran liegen, dass man sich in den Gängen der Europäischen Union und im Kanzleramt von einem fragilen Budapester Parlament nach einem möglichen Wahlsieg einer politisch inkonsistenten Koalition mehr

Willfähigkeit erwartet als von der aktuellen Regierung unter Orbán. Da sieht man dann über homophobe, zigeuner- und ausländerfeindliche Exzesse im Sinne des größeren EU-europäischen Ganzen nonchalant hinweg, um sich Widerspruch wie jenen hartnäckigen der vergangenen zwölf Jahre zu ersparen. Mit einer schwachen ungarischen Regierung hätte man sich schon 2020 die Blamage der Zulassung russischer und chinesischer Impfstoffe in EU-Europa – namentlich in Ungarn – erspart. Orbán selbst ließ sich übrigens das chinesische Vakzin Sinopharm spritzen.

Dass Maskenlosigkeit und fehlende Zutrittskontrollen über die virale Belastung des Einzelnen in Gaststätten und Kultureinrichtungen nicht automatisch zu Kunstgenuss und gutem Abendessen führen, konnten wir am Ende unserer Rundreise durch den Südwesten Ungarns in einer der ältesten Städte des Landes erleben. In dem von Fürst Geza vor über 1.000 Jahren als Bischofssitz gegründeten Veszprém leben heute 60.000 Menschen. Die knapp 20 Kilometer nordwestlich vom Balaton gelegene älteste Burgfeste des Landes wäre sicherlich einen Besuch wert.

Allein jedes Tor auf der Festung, vom mächtigen Dom über die frühgotische Gisela-Kapelle bis zum Museum und dem Bischofspalast, ist geschlossen. Und auf der Suche nach einem Abendessen durchstreifen wir gut ein halbes Dutzend Lokale, werden nirgends nach unserem Gesundheitszustand befragt, bekommen aber auch aus den unterschiedlichsten Gründen nichts zu essen – das McDonalds-Drive-In an der Ausfallstraße kam dann von unserer Seite her nicht infrage.



Hannes Hofbauer, Jahrgang 1955, studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien. Er arbeitet als Publizist und Verleger. Im Promedia-Verlag sind von ihm unter anderem erschienen „EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen“, „Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter“ und „Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung“.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>))** lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.